

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2.20 Pf. wöchentlich, 9.— Pf. pro Monat. Durch die Post 9.— Pf. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—8 Uhr. Druckverlagsanstalt für die Provinz Schlessen, G. m. b. H., Breslau, Postfach Nr. 21059. — Hauptverlag: Leipzig Nr. 2637.

Montag, 6. Februar 1922

Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2.20 Pf. wöchentlich, 9.— Pf. pro Monat. Durch die Post 9.— Pf. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—8 Uhr. Druckverlagsanstalt für die Provinz Schlessen, G. m. b. H., Breslau, Postfach Nr. 21059. — Hauptverlag: Leipzig Nr. 2637.

Die Eisenbahner kämpfen weiter

Trotz des Aufrufes des ADGB. verschärft sich der Streik — Streik der Berliner Telegraphenarbeiter — Die Berliner Metallarbeiter für Generalstreik — Streik der Berliner Gemeindearbeiter — Die Bergarbeiter vor dem Generalstreik

Die streikenden Eisenbahnbeamten stehen nach wie vor im härtesten Kampf. Der Aufruf, den der ADGB. gemeinsam mit der Aa und den Fleisch-Dunkerschmied- und Christlichen Gewerkschaften erlassen haben, der den Streik missbilligt und zur sofortigen Arbeitsaufnahme auffordert, hat auf die Streikenden gar keine Wirkung gehabt. — Und mit vollem Recht. Stehen doch die den Spitzenorganisationen angeschlossenen Arbeiter und Beamten mit ihrem ganzen Empfinden auf der Seite der Streikenden. Auch die Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie wissen, daß der Kampf der Beamten nicht gewissenlos vom Zaun gebrochen ist, daß sie nicht allein kämpfen um eine geringfügige Gehaltserhöhung, sondern daß sie vor allem kämpfen für die Beibehaltung des bedrohten Acht-Stundentages, gegen die Auslieferung der Eisenbahn an Stinnes.

Die gesamte Arbeiterschaft erhebt immer mehr, daß die Eisenbahner ein großes Vorkampfgesicht liefern gegen den Generalangriff der kapitalistischen Gesellschaft, die sich nicht anders zu erhalten weiß, als daß sie die geringen revolutionären Erregungswellen beseitigt, daß sie das Proletariat, zu dem alle Arbeiter und Beamten gehören, noch tiefer in Not und Elend

Die streikenden wissen, wie sie diese feste Haltung zu bewahren haben. Wenn der Breslauer Eisenbahndirektor ankündigt, daß die Beamten die Kündigung ihres Dienstverhältnisses erhalten haben, wenn das Disziplinarverfahren mit der hälftigen Einbehaltung des Dienstverdienstes angedroht wird, wenn weiter versucht wird, die Lokomotivführer zu Streikbrecherarbeit mit Aussicht auf Beförderung zu gewinnen, daß alle diese Drohungen an der geschlossenen Front abfallen.

Die Eisenbahner haben in der Tat „die Hand an der Gurgel des Staates“. Sie haben diesen „Handgriff“ mit größter Berechtigung angewandt. Ein Staat, der die Interessen der Mehrzahl seiner Bürger, den Interessen einer Handvoll Kapitalisten opfert, gehört nicht anders behandelt. Wenn diese Regierung eine so richtige Einschätzung des gesamten Wirtschaftslebens mit Höhe hinzunehmen gewillt ist, wenn sie gar nicht gewillt ist, die Rechte und die Macht der Arbeitenden, die die übergroße Mehrheit sind, anzuerkennen, dann gehört, diese Regierung bekämpft bis aufs Äußerste, dann gehört sie beseitigt. Die kapitalistische Gesellschaft und ihre Dienerin, die Wirtschaft, beruht sich bei ihren Handlungen vor allem auf die Reparationsverpflichtungen. Wir können unseren Staat nicht balancieren, wenn wir wieder 50 bis 60 Milliarden mehr ausgeben müssen. Diese Regierung und die Stinnesklippe sind aber überhaupt nicht in der Lage einen Ausweg zu finden.

Nicht nur der Eisenbahnstreik droht das kapitalistische Chaos noch größer zu machen. Hunderttausende scharfer schneidende Bergarbeiter an der Ruhr, in Mitteldeutschland, in Schlessen verlangen mehr Lohn und wenn er ihnen nicht bewilligt wird, dann Vorbereitung des Generalstreiks über ganz Deutschland. Die Gemeindearbeiter Berlins stehen jetzt schon im Generalstreik. Die Metallarbeiter Groß-Berlins, selbst an der Schwelle des Generalstreiks stehend, drohen mit dessen sofortigem Ausbruch, wenn die Ausnahmeverordnungen des Sozialdemokraten Ebert nicht aufgehoben, wenn die bestialischen Streikgelber nicht freigegeben werden.

Die Erkenntnis, daß ein Leben, gelebt unter dem unerträglichen Joch der kapitalistischen Ausbeutung, nicht wert ist, gelebt zu werden, ergreift immer größere Massen. Das sind einige Kämpfe um einige Pfennige mehr Lohn, Besserung bringen, erkennen immer mehr. Die zehn Forderungen des ADGB., die eine teilweise Enteignung der Kapitalisten, Sozialisierung des Bergbaus, Befreiung der Bergbauern mit den Steuern fordern, die sich wenden gegen

die Stinnesierung der Eisenbahn, gegen die Aufhebung des Acht-Stundentags sind eine Basis für einen geschlossenen, einheitlichen Kampf. Die Kämpfe der Eisenbahner, der Bergleute, der Metall- und Gemeindearbeiter und die neu ausbrechenden der anderen Berufszweige müssen zusammengefaßt werden unter der Parole: Alle Lasten der Wiedergutmachung auf die Schultern der Besitzenden. Schluß mit der grenzenlosen Ausbeutung.

Die Revolution geht über Täler und Höhen. Möge die tiefgehende Erregung der Arbeiterschaft, die überall steigende Kampfbegeisterung diese führen zur Höhe und möge der revolutionäre Märzwind die Proletarier oben halten.

Die Reichsgewerkschaft bleibt fest.

Die Antwort auf den Aufruf des ADGB.

An alle deutschen Beamten, Arbeiter und Angestellten! Wir können uns das Zustandekommen des überleiteten Aufrufes nur dadurch erklären, daß die Leitungen der genannten Verbände die wirkliche Sachlage auf Grund völlig falscher Informationen beurteilt haben. Das sich von Stunde zu Stunde verstärkende Herr der mit uns kämpfenden Beamten, Arbeiter und Angestellten ist nicht für ihre Sonderbestrebungen in den Streik getreten, denn mit der Verbesserung der bedauerlichen Lage der unteren Beamtenschaft wird selbstverständlich auch eine Besserung der Lage aller Arbeitnehmer erreicht werden.

Wir kämpfen für den bei der Reichsbahn in gesetzlicher Verordnungswege bereits teilweise beschlossenen Acht-Stundentag und um die gesetzliche automatische Angleichung der Löhne und Gehälter an die steigende Entwertung der Mark. Unser Kampf ist daher ein Kampf auch für die Interessen der den Aufruf der Gewerkschaften unterzeichnet habenden Verbände. Von diesen Verbänden steht in dem parteigewerkschaftlichen Aufruf kein Wort.

Uns werden weder derartige von der kapitalistischen Presse mit Schreien abgedruckte Aufrufe, noch Drohungen, Ausnahmeverordnungen und „Befehle“ in unserem Beschluß wankend machen, den begonnenen Kampf bis zum Siege durchzuführen. Mit jedem Tage schärft der Starrsinn, mit dem man die Beamtenchaft unter das laudliche Joch beugen will, der Allgemeinheit tiefere Wunden. Die Verantwortung dafür liegt allein bei unseren Gegnern, die es lieber sehen, wenn die Eisenbahnbeamten und Arbeiter zu Kreuze kriechen und eine zweite innendehntliche Auflage des Friedensvertrages von Versailles auf ihre ohnehin von der Not schwer gebeugten Schultern nehmen müßten.

Dieser Aufruf der RGE widerlegt alles Gerede von der Uneinigkeit innerhalb der Reichsgewerkschaft. Er hält klar und präzise die wirklichen Kampfbedingungen heraus: Wegen die Aufhebung des Acht-Stundentags, gegen die Auslieferung der Eisenbahn an Stinnes, für eine menschenwürdige Entlohnung. Der ADGB. hätte alle Ursache diesen Forderungen, die sich ohne weiteres mit den zehn Punkten decken, zu unterstützen.

Die Arbeiter werden den ADGB. zwingen!

Generalstreik-Drohung.

Freitag abend haben die Betriebsräte der Berliner Metallindustrie sich in einer Versammlung bei Vorliegen der Forderung für eine Generalstreikparole an die deutsche Arbeiterschaft einstimmig erklärt, falls die Reichsregierung die Beschlagnahme der Streikgelber nichts bis Montag ansieht.

Heizer als Lokomotivführer.

Die Eisenbahndirektion in Not.

Der Präsident der Eisenbahndirektion gibt bekannt, daß zur Erleichterung der Aufrechterhaltung des Lokomotivbetriebes als Lokomotivführer können beschäftigt werden: Lokomotivführeranwärter, Lokomotivbeheizer, Kohlheizer und deren Anwärter, Aushilfsfeuerleute, soweit Bedienstete dieser Klasse für den Fahrdienst für geeignet gehalten werden.

Die in Frage kommenden Beamten haben dieses Anerbieten geschlossen abgelehnt, auch erklären sie hierin nicht die Erfüllung ihrer langjährigen Forderungen.

Die Eisenbahndirektion wird mit diesem Zudeckel für die Heizer, die genau so Not leiden wie die Führer nichts erreichen.

Die Einführung von unerfahrenen Jungen bei der technischen Nothilfe, die noch weiter nichts getan hat, als bei der Gulachkanone zu stehen, und die Veranziehung der vom Staate auf die schärfste behandelten Altpensionäre wird den Sieg der Eisenbahner nicht aufhalten.

Einmarsch der Franzosen?

Kommunistische Mahnungen.

Die Rheinlandkommission hat sich beeilt, die Ausnahmeverordnung Eberts mit einigen Einschränkungen anzuerkennen. Die bürgerliche Presse ruft selbst den Franzosen zu Hilfe, damit er das Ruhrkohlengebiet besetze und so den Streik abwirge. Die Interessen der Kapitalisten, die sich sonst hassen wie der Tod, gehen dann gemeinsam, wenn es gilt Kämpfe der Arbeiter niederzuschlagen.

Wie die angeblichen Einmarschgeheile, so sind auch die Mahnungen, wonach die Kommunisten die Hauptführer bei dem Streik seien, zu bewerten. Die Kommunisten stehen selbstverständlich mit ihrer ganzen Kraft den Eisenbahnern bei, weil sie in jedem gerechten Kampfe nicht wie die Sozialdemokraten im Lager von Stinnes, sondern im Lager der Unterdrückten stehen.

Streik der Telegraphenarbeiter.

Die Telegraphenarbeiter bei der Oberpostdirektion Berlin haben beschlossen, in den Streik zu treten. Ein Teil der Arbeiter hat bereits die Arbeitsstätte verlassen. Der Ausstand ist zurückzuführen auf die Nichtbewilligung der Forderungszulagen von 3.50 Pf. pro Stunde. Es handelt sich wohl aber mehr oder weniger um eine Sympathieumgebung für die Eisenbahner.

Streikbeschluss der Berliner städtischen Arbeiter.

Die Streikleitung der städtischen Arbeiter hat Sonnabend nachmittag um 4 Uhr den Streik in Berlin beschlossen. Die Stadt Berlin steht vor unmittelbarer Einstellung der Versorgung an Elektrizität, Gas und Wasser. Die Straßenbahner fahren zur Stunde (10 Uhr abends) bereits ihren Depots zu.

Die Ruhrbergleute verlangen Generalstreik

Eine von 800 Funktionären des alten sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes besuchte Versammlung hat nach der „Essener Arbeiterzeitung“ einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Der Betriebsvorstand wird aufgefordert, die in der gestrigen Resolution enthaltenen Forderungen auf 30 Prozent Lohnhöhung und bei entsprechend weiter steigenden Preisen mehr durchzuführen. Falls die Unternehmer und die Reichsregierung eine ablehnende Haltung einnehmen, ist der Streik in ganz Deutschland vorzubereiten.“

Bergarbeiter-Generalstreik in Böhmen.

Die gesamten Bergarbeiter der Tschecho-Slowakei sind am Freitag in den Generalstreik eingetreten. Sie wollen abwenden Massenentlassungen und Lohnabbau und kämpfen für sofortige Enteignung der Kohlengruben und die Anerkennung der Rechte der Vertrauensleute (Betriebsräte).

Eberts Ausschluss aus dem Sattlerverband.

Die gestrige Hauptversammlung der Sattler und Tapezierer Kölns hat mit 200 gegen 8 Stimmen den Ausschluss des Reichspräsidenten aus der Organisation beschlossen wegen seiner die Gewerkschaftsbewegung schädigenden Verordnung.

Die auf den Schultern der Proletarier auf Münster- und Präsidentenstühle gekletterten Partei- und Gewerkschaftsböden pfeifen auf die Stimme ihrer früheren Kollegen. Sie sind zu eng schon mit der kapitalistischen Gesellschaft koalitiert, als daß sie anderes als durch den geschlossenen Aufmarsch der Arbeiter zur „Reinigung“ gebracht werden.

Wanderung und Knebelung des Stadt- und Landproletariats.

A. K. — Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft, der unter Führung des Reichslandbundes steht, veranstaltete in Dresden eine „Rundgebung der Landwirtschaft“. Die großagrarischen Landkultivator haben es verstanden, unter der Parole „Hilfswert der Landwirtschaft, Aufbau der deutschen Wirtschaft“ nicht nur die Vereinigung der deutschen Bauernvereine, sondern auch den Deutschen Gewerkschaftsbund, vertreten durch Stegerwald, für ihre Interessen einzufangen. Noch mehr! Ebler von Braun teilte im Verlauf der Rundgebung mit, daß sogar die sozialdemokratischen Landarbeiter, und wenn Worte einen Sinn haben, so heißt das, daß der Deutsche Landarbeiterverband für das „Hilfswert“ eintrete.

Wenn heute die Sozialdemokraten noch nicht offen in der Regierung sich mit den Deutschnationalen koalieren, um die sozialdemokratischen Arbeiter nicht abzustößen, so koalieren sie sich desto mehr mit den Helfserichs hinter den Kulissen. Das sogenannte „Hilfswert“ der Landwirtschaft bringt Deutschnationale und Sozialdemokraten wiederum unter einen Hut.

Um was es sich bei dem vom Reichsausschuss der Landwirtschaft vorgeschlagenen „Hilfswert“ handelt, hat die deutschnationale Fraktion im preussischen Landtag durch folgenden Antrag erneut zum Ausdruck gebracht:

In klarer Erkenntnis der Notwendigkeit der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion hat die deutsche Landwirtschaft ihre Absicht bekanntgegeben, den Versuch zu machen, in einem großzügigen Hilfswert die Volksernährung allmählich vom Auslande unabhängig zu machen und dadurch der unaufhörlichen und unerträglichsten Preissteigerung aller Lebensmittel entgegenzuwirken.

Voraussetzungen hierfür sind besonders:

1. Böllige Beseitigung der Zwangswirtschaft;
2. rechtzeitige und ausreichende Versorgung mit den notwendigen Produktionsmitteln, insbesondere mit Stickstoffdüngern;
3. gerechte steuerliche Gesetzgebung, welche die unbedingt notwendigen Betriebsmittel beläßt;
4. Arbeitsfrieden auf dem Lande, Ruhe und Ordnung.

Ist das Staatsministerium bereit, fernerseits und durch Einwirkung auf die Reichsregierung diese Voraussetzungen zu schaffen und das Hilfswert planmäßig zu fördern?

„Böllige Beseitigung der Zwangswirtschaft“ heißt Vollerfreiheit für die Agrarkapitalisten, grenzenlose Ausbeutung des konzimierenden Proletariats! „Geechte steuerliche Gesetzgebung, die die unbedingt notwendigen Betriebsmittel beläßt“, heißt Steuerbefreiung der Großagrarier, keine Schwereverfassung, was bedingt, Anziehen der Steuerstränge gegenüber dem gesamten arbeitenden Volke! „Arbeitsfrieden auf dem Lande, Ruhe und Ordnung“ heißt — Streikverbot gegen die Landarbeiter, Niederknüppelung kämpfender Landarbeiter! Diesen Forderungen, die pompös unklar werden mit Aufschwulstungen nimmt der Sozialdemokrat Georg Schmidt, der vom ADGB eingezogen wurde, des deutschen Landarbeiter-Verbands durch folgende Vereinbarung zu:

In der Erkenntnis, daß die wirtschaftliche und finanzielle Not des deutschen Volkes durch die Notwendigkeit fortgeschrittener starker Lebensmittelerzeugung wesentlich gesteigert wird, hat der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft zu geschlossener und gemeinsamer Produktionsförderung aufgerufen. Aus eigener Kraft und eigenen Mitteln soll die Gesamtheit der deutschen Landwirtschaft das gewaltige Hilfswert zur Herstellung der deutschen Volkswirtschaft leisten und in nächster Zeit Zusammenarbeiten mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern die zur Sicherstellung der Volksernährung erforderliche Steigerung der Erzeugung herbeiführen. Von diesem Willen zur Hilfe ist auch die Reichsarbeiterschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter, und Arbeitnehmersverbände bezeugt. Ihnen entspricht es, durch Ausgleichen der Berufsinteressen aller in der Landwirtschaft erwerbstätigen Unternehmer und Arbeiter die Einheitsfront der Landwirtschaft zu kräftigen und zu erhalten. Durch Schaffung und Festigung der Vorbereitungen gesetzlich und gesetzlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen wird die Reichsarbeiterschaft die notwendige Grundlage des Arbeitsfriedens, der Arbeitsfähigkeit für die Produktionssteigerung geben. Gleich dem Reichsausschuss stellt die Reichsarbeiterschaft ihre Organisation zur Verfügung zur Beratung, zu der die Reichsregierung sich besonders auch bei dem Aufbau und der Sicherung der auf freier Basis beruhenden Arbeiterschaft, bei der Befreiung der Landwirtschaft mit geeigneten Arbeitskräften, bei der sozialen und kulturellen Verbesserung des Bauvolkes und der Verbesserung und Stärkung aller landwirtschaftlichen Betriebskräfte wachsam unterstützt und in bester Beratung über die beschleunigt zu ergreifenden Maßnahmen mit ihr eintrifft.

Für die Arbeitgeber: gr. Schurig. Für die Arbeitnehmer: gr. Georg Schmidt.

Der gewählte Protokollrat hat die Pflicht, diesen wichtigen Fragen der proletarischen Interessen mit aller Energie entgegenzutreten. Vor allem muß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft vom ADGB fordern, das Mandat des Georg Schmidt als Vorsitzender des DRK zurückzugeben, da endlich dem Willen der Landarbeiter auf in der Leitung des Verbandes zum Ausdruck zu kommen. Der Protokollrat ist dringend gebeten, unter Umgehung eines nicht mehr zulässigen Verschiebens, dem Reichsausschuss die beschleunigten Maßnahmen mit ihrer Zustimmung zu unterstützen und die für die Durchführung notwendigen Schritte zu ergreifen.

tafften verschlechtert werden. Die Einheitsfront des Industri- und Landproletariats wird dadurch gefährdet.

Stegerwald, Vertreter des Gewerkschaftsbundes, bereit sich, die im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Arbeiter und Angestellten der Industrie — und Agrarkapitalisten zu verschreiben. Er fährt u. a. auf der Dresdener Tagung aus:

„Wenn das deutsche Volk jemals wieder eine Rolle in der Welt spielen will, dann müssen wir ablehnen von den früheren Zuständen, daß wir uns gegenseitig befehden. Zusammenarbeit zu einer einzigen großen Tat für unser deutsches Vaterland mußte die Hauptaufgabe sein, der sich auch die im deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Arbeiter und Angestellten freudig anschließen werden.“

Es bleibt natürlich abzuwarten, ob Stegerwald die Macht hat, die verlaufenen Felle auch zu liefern. Denn wozu die Arbeiter und Angestellten gebraucht werden, belohnt noch kurz nach Stegerwald, Ebler von Braun. Er fährt aus:

„Gegenwärtig arbeitet das deutsche Volk noch nicht so viel, daß es davon leben könne. Das sei die Hauptursache und der Hauptgrund unserer wirtschaftlichen Not. Das heißt auf Deutsch: Verlängerung der Arbeitszeit, schärfere Ausbeutung und Lohnabbau.“

Es ist endlich an der Zeit, daß die sozialdemokratische Partei und der ADGB sich unzweideutig zu den Forderungen äußern, ferner ist in allen Betrieben der Wille des Proletariats mit elementarer Wucht zum Ausdruck zu bringen. Die Forderungen müssen sein:

Her mit der Kontrolle über die großagrarische Produktion!

Sozialisierung der Düngemittelindustrie!

Heranziehung der Industrie- und Agrarkapitalisten zur Ausföhrung der Steuern. Durchführung der 10 Forderungen des ADGB, insbesondere: Erfassung der Sachwerte!

Gegen die Angriffe der Kapitalisten auf das Koalitionsrecht des Proletariats!

Politische Uebersicht.

Die kapitalistische „Verständigung“. Poincaré gegen das Programm von Cannes. „Großbritannien sagt nein“.

Im „Matin“ liest man: Poincaré fasste einen Entschluß auf diplomatischem Wege an die alliierten Regierungen Bemerkungen über das in Cannes festgelegte Programm für die Konferenz von Genoa zu richten. Er wird u. a. den § 1 der Resolution, der von der Nichtanerkennung in die inneren Angelegenheiten Anstalts spricht, bemängeln und fragen, wie denn dieser Paragraph mit der Notwendigkeit, von Rußland Garantien hinsichtlich der Ausführung der Verträge zu erlangen, vereinbart werden könnte, um so mehr, als die augenblickliche russische Gesetzgebung das Privateigentum nicht anerkennt. Auch der § 2 der Resolution, der die wirtschaftliche Friedherstellung aller Länder und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu allen Staaten vorschlägt, stehe im Widerspruch mit dem darauf folgenden Paragraphen, worin gesagt wird, daß an den bestehenden Verträgen nichts geändert werden solle. Außerdem wird Poincaré die wichtige Frage aufwerfen, ob der Balken von diesen internationalen Debatten ferngehalten werden solle.

Während der alte Kriegsheld Poincaré als Vertreter der militärischen Klasse und der großindustriellen Kreise Frankreichs einen Vorstoß unternimmt gegen Englands „Verständigungswillen“, weist „Daily Chronicle“ mit aller Entschiedenheit die Angriffe Poincarés zurück. Der kapitalistische Gegensatz zwischen England und Frankreich, besonders im nahen Osten, kommt dabei deutlich zum Ausdruck.

„Daily Chronicle“ schreibt unter der Ueberschrift „Großbritannien sagt nein zu Frankreich“ einen Artikel in dem es heißt: Die Verhandlungen der britischen Regierung mit Frankreich sind am Wendepunkt angelangt. Auf die beiden vor kurzem eingetroffenen Noten Poincarés, deren eine den sogenannten Falt, die andere die Frage des nahen Ostens betrifft, antwortete die englische Regierung bereits: Die britische Antwort sagt vollkommen klar, daß für den von Poincaré vorgeschlagenen Standpunkt in internationalen Fragen nicht teilgenommen werden kann. Bezüglich des Faltes ist Frankreich vor, jährlich Verabredungen zwischen französischen und britischen Vertretern über die allgemeine Lage in Europa abzuschließen. Die britische Antwort lautet hier ab. Durch den französischen Ablehnungsvorschlag bei dem Falt würde dieses in ein militärisches Verhängnis umgewandelt werden. Großbritannien hat einen Falt als wichtige Garantie für Frankreich an, beschließt aber nicht weiter zu gehen.

Auch in der Frage des nahen Ostens sei die Haltung Großbritanniens unerklärlich. Dieser nicht vollständige Einverständnis zwischen den drei Großmächten, Großbritannien, Frankreich und Italien, herrscht für, welche keine Aussicht auf die Lösung dieser Frage. Es handelt sich hierbei nicht um eine geschlichtete oder ungeschlichtete Streitigkeit, auch nicht um die Frage von Gewaltentsetzung, wie die französischen Propagandisten behaupten. Die britische Regierung sei im Gegenteil der Ansicht, daß eine Gewaltentsetzung nicht erforderlich sei.

Dieser Streit unter den französischen kapitalistischen Kreisen ist für die internationale Verständigung auf kapitalistischer Grundlage symptomatisch. Er ist gleichzeitig auch ein Vorgeschmack von Genoa. Die Ruhe erdreglich zu lassen, sagt es noch eine von den wichtigsten internationalen Bedingungen in der Frage genauen. Schemel, wenn die Sache hier zu gehen droht, würde dann eine neue Revolution bedingungslos. Und auch nach Genoa?

Die Chemiker Sozialdemokratie spricht sich gegen das Steuerkompromiß aus.

Dieser Tage fand in Chemnitz eine Funktionäerversammlung der SPD. auf der der Reichstagsabgeordnete Stülcken den Standpunkt der Parteileitung verteidigte. Stülcken sagte, die Erfassung der Sachwerte hätte zu lange Zeit erfordert (eine Sonderbare Begründung!) — deshalb verzichtete man und schloß das Steuerkompromiß. In der Diskussion, die äußerst scharf verlauf, sprach sich die Mehrheit der Funktionäre heftig gegen Stülckens Standpunkt aus. Insbesondere wandte sich der Vorsitzende des Chemnitzer Gewerkschaftsrates Franz Scharf gegen das Steuerkompromiß und entwarf lebhaft Zustimmung der Versammlung. Die Erklärung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft schreitet fort. Auch in Frankfurt a. M. steht die Organisation geschlossen gegen die Steuerpolitik der SPD. Die kommunistischen Arbeiter werden mit Freude ihren sozialdemokratischen Brüdern die Hand reichen, um gemeinsam mit ihnen den Kampf für die proletarischen Forderungen — für die zehn Punkte des ADGB, und für die Arbeiterregierung — zu führen.

Wieder ein Orgeß-Waffenlager.

Auf dem Flugplatz in Zettow (Brandenburg) wurden in einem der Firma Krotzer gehörenden Schuppen, in dem angeblich die Herstellung von „Chemikalien“ betrieben wird, folgende Gegenstände gefunden: vier Scherenrennrosen, 31 Stative, 5 Waffen, 34 Gewehre, 103 leichte Maschinenpistolen, ein Messer für Wurfgrenaten, 38 Wurfgrenaten, 14 Riflen MG., Trommelmunition, 16 Riflen MG.-Munition. — Die Zettower Bourgeoisie ist infolge der Entdeckung dieser „Chemikalien“ wütend und schreit über den Berrat. Es wäre für sie aber viel besser, überhaupt zu schweigen! Die Orgeß ist ja bekanntlich „entwässert“ und „aufgelöst“.

Schlesische Rundschau.

Wie das Defizit bei der Reichspost behoben werden soll.

Ein lehrreiches und in die Augen springendes Beispiel, wie der Wiederaufbau Deutschlands betrieben wird und wie erfolgreich Deutschland wieder aufgebaut wird, gibt die Post. Wohl bei keiner Behörde herrscht ein größerer Raddelumbdel als bei der Deutschen Reichspost. Ganz abgesehen davon, daß die verschiedenen Maßnahmen meistens Experimente sind, die noch immer große Kosten verursachen, aber selten sich bezahlt machen, herrscht bei der Postverwaltung eine kolossale Wirtwischschaft. Die Post hat ein Defizit von 2,46 Milliarden Mark. Diese ungeheure Schuldensumme wird immer größer, weshalb sucht man Mittel und Wege, die aus diesem Elend herauszuführen. Die Oberpostdirektion Breslau glaubt diesen Weg gefunden zu haben, wie aus folgender Bekanntmachung hervorgeht. Es heißt da u. a.:

Während die Post in den letzten Jahren vor dem Kriege für das Reich eine Quelle hoher Einnahmen bildete, arbeitet sie jetzt mit einem erheblichen Fehlbetrag. Dieses Ziel (das der Fehlbetrag verschwindet) könnte auf zwei unter Umständen gleichzeitig zu beschreitenden Wegen erreicht werden: durch die Erhöhung der Einnahmen und durch die Verminderung der Ausgaben.

Der erste dieser beiden Wege würde eine weitere Erhöhung der Tarife der Post bedingen. Obgleich die bisherige Tarifierhöhung lediglich der Entwertung unserer Valuta Rechnung getragen hat, wird sie vermuthlich einen Rückgang des Verkehrs zur Folge haben. Eine weitere Steigerung der Tarife über die durch die Valutaverfälscherung bedingte Höhe hinaus erscheint mithin zurzeit nicht ausführbar.

Es steht daher vorläufig nur der zweite Weg offen: Verminderung der Ausgaben. Da in dem Haushalt der Post gegenwärtig die „Personlichen Ausgaben“ einen sehr erheblichen Teil der Gesamtausgabe ausmachen, läßt sich eine wirksame Entlastung des Haushalts nur durch Verminderung jener Ausgaben, d. h. durch Verkleinerung des Personals, erzielen. Die Oberpostdirektion ist daher genötigt, in nächster Zeit zahlreiche Hilfskräfte aus dem Dienste zu entlassen.

Die Einwohnerzahl Breslavs wird also damit zu rechnen haben, daß demnächst die 1. Briefbestellung, die jetzt gegen 9 1/2 vormittags endet, künftig bis 11 vormittags dauert. Ebenso werden die 2. und die 3. Bestellung fortan, wenn auch nicht in gleichem Maße, etwas später als bisher beendet sein.

Nur unter dem Zwange der Verhältnisse hat sich die Oberpostdirektion zu diesem Vorgehen entschließen müssen. In ähnlicher Weise, wie im Bezirk Breslau, wird übrigens im ganzen Reiche vorgegangen werden.

Man hat also eine recht einfache Lösung gefunden. Ein großer Teil des Personals soll aus Straßenpflaster fliegen. Diese unsoziale Maßnahme einer staatlichen Beförderung bringt dem Staate durchaus keine finanzielle Erleichterung, denn was die Post an Gehältern spart, zahlt der Staat dann auf der anderen Seite, ohne positive Gegenleistung, als Erwerblosenunterstützung an die entlassenen Postauswieser. Diese Überbürdung hat aber noch einen anderen Fafen. Die Klagen über mangelhafte und schlechte Bedienung, sowie Unregelmäßigkeiten bei der Post reizen nicht ab. Es ist ganz klar, daß durch die Massenentlassungen der postaliische Eshandrian noch bedeutend größer wird. Und gleichzeitig werden die Posttarife fortwährend — das letztemal besonders stark — erhöht. Also, erhöhte Forderungen und verminderte Leistungen.

Trotzdem könnte die Post ihr Defizit ganz bedeutend vermindern. Sie müßte in den oberen und höchsten Beamten höchstens etwas lichten. Verschiedene Zeitungen, auch die bürgerliche „Welt am Montag“, weisen wiederholt darauf hin, daß ein großer Teil der höheren Postbeamten absolut keine produktive Arbeit leistet, daß sie vielmehr in der Dienststunden eine intensive Propaganda für Orgeßvereine und andere reaktionäre und monarchistische Bestrebungen treiben. Da zwischen den Beamten der Postauswieser und den oberen Beamten ein ganz wesentlicher Unterschied besteht, könnte also die Reichspostverwaltung große Ersparnisse machen. Aber sie denkt gar nicht daran. Wenn alles drunter und drüber geht, wenn der ganze Staat pleite macht, die reaktionären Beamten mit ihren Nebenbhaltern werden gehalten, die Postauswieser dagegen erbarmslos aus Straßenpflaster geschleudert. Da diese Maßnahme weder notwendig ist, noch im Interesse der Allgemeinheit liegt, ist ganz entbehrlich dagegen Stellung zu nehmen. Das Herd der Arbeitslosen ist so schon groß genug, es darf nicht durch die staatlichen Behörden noch größer gemacht werden. Es wäre Sache der Gewerkschaften, hier ein ernstes Wortchen mitzureden und das unsoziale und ungerechtfertigte Vorgehen der Post mit allen Mitteln zu bereuteln.

Sakalen!

Eine lebende Lebensart aller Wald- und Wiesenrunder der SPD ist die Kommunizität befragen durch die überbrückbaren Wesen indirekt die Gehäfte der Deutschnationalen.

Wir können diesen dummen Vorwurf gelassen auf uns nehmen, da jeder Arbeiter erkennt, daß die Konterrevolutionäre als bürgerlich erst zu urteilende Gegner allein die Kommunizität pflegen und da zweitens die sozialdemokratische Führerschaft lediglich sozial Beweise ihres direkten Handlungs mit den Sinnen erweist, daß die Angriffe gegen die Kommunizität unbegründet bleiben.

Es schließt hat Bök, der konstante Einigungs-transporter, wieder einmal seine Einigkeit mit — den Deutschen Nationalen bezeugen, indem er in einer Versammlung der Welt-Union in Berlin bei seinen nationalitätlichen Gesäßbältern B

den deutschnationalen Kontraf, daß er Weisheitslehre der allen Bourgeois erlebte.

Und morgen kann sich jeder S.P.D.-Arbeiter in einer Volkskundgebung in Berlin Wüch in Breslau selbst davon überzeugen, wie ein S.P.D.-Führer in einem Dungenzug mit dem deutschnationalen Dr. Stecher die nationalitätliche Einigkeit kompote Wasen wird.

Herr Erwin Barth von der S.P.D. wird die Stimmführung seiner Partei in „Freiheit breitter“ am richtigen Ort, im Berlin, praktisch vordemonstrieren.

Herr Erwin Barth wird gewiß dann hinterher wieder erzählen von den bösen Kommunisten, die den Deutschnationalen in die Hände arbeiten —

Das eben ist der gewaltige Unterschied zwischen einer gewissen Clique der S.P.D.-Parteilicherschaft und den Kommunisten. Jene verlangen die Einigkeit des „deutschen Volkes“ zur Überbrückung der Klassengegenstände — die Russen trägt das Proletariat durch um so großzügigere Ausbreitung der Kapitalisten, die ja auch zum „deutschen Volk“ gehören.

Wir aber verlangen die proletarische Einheitsfront, den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutergesellschaft, der allein die Arbeiterklasse aus Not und Elend herausführen kann. Es liegt an der S.P.D.-Arbeiterklasse, wofür sie sich entscheidet will.

Revolutionäre Bewegung.

Gründung einer revolutionären Arbeiterpartei in Canada.

Aus New York wird gemeldet: Ebenso wie in den Vereinigten Staaten ist nun auch in Canada eine linkslebende „Arbeiterpartei“ gegründet worden. Eine Konferenz aller revolutionären Gruppen Canadas in Toronto brachte die offizielle Gründung der neuen Partei. In großer Zahl verließen die Klassenbewußten Arbeiter Canadas die Reformsozialistische Organisation und schlossen sich der neuen Arbeiterpartei an. Die Kommunisten arbeiten innerhalb der Arbeiterpartei in Canada wie in den Vereinigten Staaten.

Der Steuerstreit in Frankreich.

Aus Paris wird gemeldet: Der Widerstand der französischen Arbeiterschaft gegen die skandalöse Lohnsteuer verschärft sich. Die Arbeiter schiden fast überall die Steuerzettel an die Behörde zurück. Oft werden die Zettel an den Herrn Finanzminister persönlich adressiert. In der Regel schickt dann die Behörde die Nachforderung wieder an die Arbeiter zurück, um sie dann erneut zu erhalten. Die Gerichte gehen mit Pfändungen gegen einzelne Steuerstreifer vor. Zahlreiche Pariser Arbeiter haben ihre Steuerzettel der Redaktion der „Humanité“ überreicht. Unser Pariser Bruderblatt hat nun beschlossen, diese Dokumente insgesamt Herrn Poincaré persönlich ins Haus zu schicken. Es organisiert sich der proletarische Widerstand gegen die arbeitsheldische Politik des nationalen Blocks und seines Präsidenten.

Betriebsbesetzung in Irland.

Aus London wird gemeldet: Die große Mühle in Quartrawn in Irland wurde von den Arbeitern in Besitz genommen. Die mit der Betriebsleitung einen Konflikt hatten. Auf dem Gelände wurde die rote Fahne gehißt. Die Polizei der irischen Republik befindet sich auf dem Marsch dorthin. Es lebe die soziale Freiheit!

Gegen die englische Klassenjustiz.

Aus London wird gemeldet: Die Verurteilung des Gewerkschaftsführers Inpin, des Sekretärs der kommunistischen Partei Englands, zu 6 Monaten Zwangsarbeit wegen Verbreitung aufzührerischer Literatur, hat bei dem englischen Proletariat große Erregung hervorgerufen. Die Zeitung des Londoner Gewerkschaftsbunds hat dem Minister des Innern eine Resolution geschickt. Darin wird herabgebeten, daß Inpin als Sekretär der kommunistischen Partei weiter nichts getan hat, als daß er auf Veranlassung seiner Parteizentrale einige Vorwürfe von historischer Bedeutung über England veröffentlichte. Und doch erhielt er 6 Monate Zwangsarbeit. Die Londoner Gewerkschaften verlangen die sofortige Aufhebung des Urteils.

Der Kampf um den Lohnabbau in England.

Aus London wird gemeldet: Die Unternehmer der Wolleindustrie haben einen Lohnabbau um 10 Prozent beschlossen, der eine Viertelmillion Arbeiter betrifft. — 60000 Arbeiter der Chemischen Industrie stehen vor dem Streik, weil sie sich einen Lohnabbau nicht gefallen lassen wollen. — Wegen des Lohnabbaus der Wertarbeiter findet am 8. Februar eine neue Konferenz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern statt.

Konterrevolution.

Todesstrafe wegen Streik in Jugoslawien.

355 Bergarbeiter sollen dieser Tage dem Gerichte in Tuzla (Bosnien) vorgeführt werden. Man beschuldigt sie der Teilnahme an der Organisation des Bergarbeiterstreiks am 22. Dezember 1920 und der Vorbereitung zum Staatsumsturz, wie es in der Ankündigung der Staatsanwaltschaft heißt. Für drei Angeklagte wird die Todesstrafe verlangt!

Dieses Ereignis stellt die schwarze Seite in der Geschichte der jugoslawischen weißen Terrors dar, die nach einem Jahre der Entlohnung von 355 Bergarbeitern mit dem Blute dreier Arbeiter besiegelt werden soll. Die jugoslawische Bourgeoisie hat ihre ganze Wut und ihren rachsüchtigen Haß noch nicht abgesehen durch Verfolgungen und Verschärfungen tausender Bergarbeiter, durch das Hinanwerfen ihrer Familien aus den Wohnungen während des strengsten Winters, durch Vergewaltigung und sogar Ermordung nicht nur der Bergarbeiter und ihrer Familienmitglieder, sondern auch der Bauern, die aus Mitleid die Frauen und Kinder der Bergarbeiter in ihrem Hause aufnahmen — sie will jetzt nach einem Jahre, nach einem bestialisch erstickten und abgewürgten Streik Hunderte von Arbeitern einfernen und dreien das Leben nehmen. Das ist die Rache der jugoslawischen Bourgeoisie an dem Proletariat nur wegen eines Streiks, wegen eines Versuches, den Profit der Kapitalisten zu schmälern.

Dieser Prozeß hat aber eine viel tiefere Bedeutung. Die Bourgeoisie nahm diesen Streik zum Anlaß, um ihr weißterroristisches Regime gesetzlich zu legitimieren. Die gesamte bürgerliche Presse stellte diesen Bergarbeiterstreik als einen Angriff auf den Staat hin und forderte von den Staatsbehörden ein energisches Vorgehen, die Bildung von weißen Gardes gegen die Arbeiterbewegung und die Schöpfung eines Gesetzes gegen die Arbeiterbewegung. Aber auch ohne die Ermächtigung takes die Staatsbehörden ihre „Pflicht“ zur vollsten Zufriedenheit der Bourgeoisie; die weißen Gardes jedoch, zusammengesetzt aus ungeschulten Soldaten und Detektivene vervollständigen das verbrecherische Vorgehen der Behörden.

In dieser Atmosphäre, im Reichen der wildesten Verfolgungen der Bergarbeiter, erstlich die jugoslawische Regierung die längst vorbereitete Verordnung „Obzana“, durch die die ganze Arbeiterbewegung außer Gesetz gestellt wurde.

Jetzt nach einem Jahre des Gefängnisses und der Forderungen der 355 Bergarbeiter, führt die Bourgeoisie ihre Opfer vor ihre Synagoge, um sie noch öffentlich zu verschonen, bevor sie sie wieder in ihre Gefängnisse zurückführt und bevor ihr Blut vergossen wird. Diese Opfer sind schuldig und müssen schuldig sein, denn das verlangen die Interessen der Bourgeoisie, das verlangt ihr Haß gegen das Proletariat, und schließlich verlangt es

die Rettung der erschütterten Staatsautorität, daß der Bergarbeiterstreik als ein politischer Staatsfeindlicher Akt dargestellt wird. Solche Ausführungen wurden im Parlament und überall gemacht. Und so muß es auch vor dem Volke bleiben: die Bergarbeiter müssen ins Gefängnis, und ihr Blut muß vergossen werden.

Die Bergarbeiter haben im Gefängnis den Tod der „Obzana“ erlebt, und werden nach dem Ableben dieser verächtlichen Verordnung der weißen Justiz vorgeführt: sie haben aber auch im Gefängnis die Geburt des Gesetzes zum Schutze des Staates erlebt, in dessen Gesetze sie lebenslang abgeurteilt werden, und das in jeder Hinsicht die „Obzana“ übertrifft.

Um die Diktatur Echerichs.

In der „Welt am Montag“ veröffentlicht ein deutschnationaler Redakteur und ständiger Mitarbeiter rechtsstehender Blätter Enthüllungen, die die separatistischen Bestrebungen Bayerns bloßstellen und verschiedene Personen belasten. In erster Reihe den Kandidaten Wittinger-Megensburg, jetzt München, der im Juni bis August 1921 für den abgekehrten Forstrat Echerich die Leitung der Einwohnerwehren in Bayern übernahm. Wittinger soll Verbindungen mit Ungarn unterhalten zu dem Zweck, Bayern vom Reich loszureißen und es in eine Donaufürstentum einzu beziehen unter dem Protektorat Frankreichs. Das wird durch einen Brief des Hauptmanns Römer in München, dem Wittinger sein Programm entwarf, ehrenwörtlich bestätigt. Die Creaturen Wittingers erhielten Millionen für ihre Zwecke und verschleubten durch einen Dr. Feinerdinger und Dr. Braun ständig Waffen nach

Schlesische Arbeiter-Zeitung.
Die letzte Werbe-Woche brachte nahezu 2000 Abonnenten.
Jeder Gewisse werbe unablässig weiter!

Ungarn. Dr. Feinerdinger heißt in Wirklichkeit Dr. Feil, wohnhaft früher Berlin, Kurfürstendamm, flüchtig wegen Nordes oder Anstiftung zum Mord. Er soll auch als Weismann-Espiegel hervor getreten sein und seine Beziehungen zu Ungarn weisen ja deutlich genug auf seine politischen Absichten hin. Die Waffenschreibungen werden ihm wohl nicht zum Strauß werden, nachdem ja auch der Herr Köhler in München im gleichen Sinne nachweisbar belastet wurde und dennoch vom Gericht unbedenklich bleibt.

Die ganze gegenrevolutionäre separatistische Bewegung gruppiert sich um den Führer der Orgeich, Forstrat Echerich, der um die Machination Wittingers genau Bescheid weiß. Echerich hat dem Obergeometer Kanzer, der als Leiter der Orge und gegenrevolutionärer Mordanschläge bekannt wurde, die gesamte österreichische Organisation übertragen. Dieser Kanzer, der enge Verbindungen zu Echerich unterhielt, schaffte u. a. allein in einem Monat 10 Waggons Waffen und Munition auf dem Donauwege aus Bayern nach Ungarn; Kanzer und Flugzeuge befanden sich darunter. In einem Briefe eines Leutnants Dr. Werner Pantow, damals erster Vorsitzender des hochschultrigen deutschen Art, wird erwähnt, daß Oberstleutnant v. Kriebel (militärischen Berater Echerichs) von einem Johannes dem Käufer sprach, dessen Zeit aber noch nicht da sei. Die Frage, ob unter Johannes dem Käufer Forstrat Echerich zu verstehen sei, wurde bejaht.

Die deutschnationalen Hochverräter, Gläubiger und Abenteuer greifen so mit gegenrevolutionären, blutbesiedelten Händen an den Hals des deutschen Volkes. Sie spielen sich als Retter des Vaterlandes auf und sind doch nur seine Henker. Einer von ihnen, der ja auch mit Kapp und Echerich ging, der internationale Hochkapler Trebitsch-Lincoln, der sich Chef der Espione des deutschen Reiches nennt, und gleichzeitig Mitglied des englischen Parlamentes war, ist jetzt in Kenyort verhaftet worden. Der in Budapest geborene Herr Trebitsch, der sich in London den Namen Lincoln beilegte, und dem die Politik gleichbedeutend mit Spionage und Beschäftigungen war, ist ja auch in Amerongen beim Kaiser erschienen. Danach war er als Verbindungsmitglied in gegenrevolutionären bewaffneten Kreisen tätig und wollte dann gemeinsam mit Ludendorff Rußland vom Bolschewismus befreien. Er gehörte zum engsten Vertrautenkreise Kapps, und Geldverdienen wurde bei ihm immer groß geschrieben. Das Buchhaus ist ihm sein unbesannter Aufenthalt — aber wie seine Gesinnungsgenossen in Deutschland, bringt er andere hinein und führt ein Leben wie die weltgäredischen Götter in Berlin. Seine Verhaftung in Kenyort wird nicht das letzte Kapitel dieser keineswegs verletzten dastehenden Gesinnung sein.

Die Hölle von Jala-Egerfje.

Der durch seine leidenschaftlichen Parlamentsreden gegen das Hochregime bereits bekannte Abgeordnete Ruppert gab in der letzten Sitzung der ungarischen Nationalversammlung ein erschütterndes Bild der Zustände in dem Internierungslager von Jala-Egerfje. Beflehten Berichtigungen an die Führer der sozialdemokratischen Partei haben weder die Behandlung der Internierten, noch das Internierungssystem überhaupt irgendwie berichtigt. Man herant, so führte Ruppert aus, ruhige Staatsbürger ihrer Freiheit, indem der Polizei aus irgendeinem Grunde unliebliche Leute, gegen die entweder ein gerichtlich Verfahren überhaupt nicht angestrengt wurde oder die das Gericht freisprach, auf politische Anordnung hin in die Internierungslager gesperrt werden. (Großer Lärm und Aufregung!) Die Regierung behauptet, daß sie die Internierungslager zum Schutze vor den Kommunisten brauche. Niemand wird behaupten, daß der jetzige Justizminister Kommunist sei, weil er unter der kommunistischen Regierung seinen Dienst weiter verfüh oder daß der Außenminister die Karolyi-Revolution unterstützte, weil er ein ehemaliges

Mitglied der Karolyipartei ist, ebensovienig wie der Augustinischer Kauf, der 100000 Schwedische Kronen genommen hat, um im Ausland für die Karolyi-Regierung Propaganda zu machen. Aber Personen, deren ein viel geringeres Verdien, das sie nach dem Umsturz begangen haben, zum Vorwurf gemacht wird, müssen in den Internierungslagern schmachten. Der Abgeordnete verlas sodann mehrere Briefe, die ihm aus dem Internierungslager zugesandt wurden. Das Internierungslager sei eine wahre Hölle und verglichen mit ihm das Buchhaus ein Paradies. Die Gungenschwindigkeit fordert ungezählte Opfer. In keinem Buchhaus geht man gegen Straftlinge grausamer vor. Wegen der geringeren Vergehen werden die Internierten zu 20 Tagen Einzelhaft verurteilt. Durch solche Zustände wächst der Staat Kommunisten.

Aus der Partei.

Mitteilungen der Bezirksleitung.

Die Tesen und Bestände der dritten Internationale verpflichten uns zu einer intensiveren Arbeit unter der Landbevölkerung, die Tesen über die Agrarfrage schließen mit den Worten: Die Vorbereitung der Bildung von Soviets auf dem Lande erfordert eine langwierige Vorbereitung. Dies muß geschehen durch Schaffung, wenn auch vorläufig noch so kleiner kommunistischer Parteizellen, durch eine aktive Propaganda, die in gemeinverständlicher Form die Forderung des Kommunismus darlegt und an Hand von Beispielen, die verschiedenen Methoden der Ausbreitung und Knechtung illustriert, ferner durch systematische Agitationstreffen von industriellen Arbeitern an das Land. Wir müssen diesen Satz Wirklichkeit werden lassen. In diesem Zweck brauchen wir die Adressen unserer Genossen, die die Landagitation in den Ortsgruppen leiten!

Folgende Ortsgruppen haben noch keinen Obmann für Landpropaganda angegeben:

1. Unterbezirk Breslau: Bernstadt, Ohlau, Neutritz, Neumarkt, Stabelow.
 2. Unterbezirk Gloggnitz: Steinau a. O., Vorkenham, Weißdorf, Neillichtreben, Lohenan Marlska.
 3. Unterbezirk Waldenburg: Arensdorf, Alt-Lagjig, Zrieband, Langenbickau, Lehnwasser, Dittersbach, Langenbickau, Neurobe, Neu Salzdamm, Ober Salzdamm, Oberberndorf, Petersdorf, Peierswalbau, Reichenbach, Fandberg, Schmeiberg, Schwarzwaldau, Striegau, Steinfelsen, Barmbrunn, Weißstein, Weigelsdorf, Ziegenhals.
- Die politische Situation verlangt von uns eine größere Aufmerksamkeit den Vorgängen auf dem Lande zu widmen. Daher ist es notwendig, daß alle Ortsgruppen Vertrauensleute bzw. Landkommissionen wählen und uns sofort diese Adressen mitteilen, um die notwendige Arbeit leisten zu können.
- Des Ferneren bitten wir alle Ortsgruppen, uns sofort die Adressen ihrer Vertrauensleute unter den Landarbeitern, Hänslern und Kleinbauern, mit denen unsere Genossen Fühlung haben, unverzüglich zu übermitteln.

Bezirksleitung der SPD. Schlesien, Abt. Land.

Wichtig! An die Ortsgruppen! Ausrichtenden!

Die Geldsendungen an die Bezirkskasse, Käte Wilske, Aufnahmehilfe, Verlag usw. gingen bisher sehr oft an die falsche Adresse, wodurch die Geschäftsführung sehr erschwert und die Erledigung verzögert wurde. Wir haben deshalb für die verschiedenen Requirits besondere Postcheckkonten eingerichtet und bitten in Zukunft Geldsendungen nicht an die bisherigen Adressen, sondern wie folgt abzugeben:

- An die Bezirksleitung: Alfred Lehner, Breslau, Nikolaistr. 49/50, Postcheckkonto: Breslau, Nr. 58864.
- An die „Käte Wilske“: Hermann Timmon, Breslau, Lehnstr. 11, Postcheckkonto: Breslau, Nr. 15429.
- An das Arbeiter-Schulzomitee für die Hungernden Sowjet-Rußlands: Oswald Scholz, Breslau, Augustastr. 123, Postcheckkonto: Breslau, Nr. 12977.
- An die Produktiv-Gewerkschaft sowie „Schlesische Arbeiter-Zeitung“: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien in Breslau, Nikolaistr. 49/50, Postcheckkonto: Breslau, Nr. 31059.
- An die kommunistische Bucherei: Rudolf Welke, Breslau, Gräblichener Str. 45, Postcheckkonto: Breslau, Nr. 30599.

Die Bezirksleitung SPD. Schlesien.

Reichenbach. Von der Werbe-Woche.

So wie in allen Orten Schlesiens, haben wir auch eine Werbewoche für die „Schlesische Arbeiterzeitung“ in Reichenbach durchgeführt, trotz der Aussperrung des ganzen Bezirkes Reichenbach haben die Genossen für die kommunistische Presse agitiert, trotz der schlechten Verhältnisse und der Uebermacht der Gegner ist es gelungen, 30 neue Abonnenten, und einige neue Mitglieder für die Partei zu gewinnen. Das beweist, daß die Arbeiterzeitung in Reichenbach nicht mehr gewirkt ist, sich länger von den Führern der SPD, und der Gewerkschaften aufziehen zu lassen. Es beweist aber auch, daß die kommunistische Partei nicht im Sterben liegt, sondern immer mächter wird und die Zukunft wird es lehren, ob die kommunistische Partei oder die Stinnes-Freunde in unserem Orte abzurücken. Die Führer der SPD haben schon lange ein Recht über das revolutionäre Proletariat zu spotten. Das revolutionäre Proletariat von Reichenbach wird den Herren von der Gewerkschaft, welche sich so geschäftiger Ausdrücke gegen uns Kommunisten bedienen, die Antwort nicht schuldig bleiben. Das haben sie schon bewiesen, indem sie bereitwillig die „Schles. Arbeiterzeitung“ abonnieren. Kur weiter so, und der Erfolg ist uns gewiß!

Bekanntmachung der „Käte Wilske“.

Die Angehörigen der Gefangenen, die ihre Unterstützung für den Monat Februar erwarten, werden ersucht, ihre Reklamationen nicht an das Zentralkomitee der Käte Wilske zu richten, sondern an das zuständige Bezirkskomitee. Die Auszahlung für den Monat Februar kann erst erfolgen, nachdem wir von den Bezirkskomitees den zur Verfügung gestellten Kassenauszug vom Januar zurückerhalten haben.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Landeshüter Legittarbeiter für die 10 Forderungen des ADGB.

Die am 1. Februar stattgehabene Mitgliederversammlung des Deutschen Legittarbeiterverbandes nahm nach einem Bericht der Kollegia Reitz von der Gewerkschaft in Dresden Stellung zu den zehn Forderungen des ADGB. Solange das Legittariat die Notwendigkeit der Durchführung dieser Forderungen nicht durch eine weitere Beteiligung der Arbeiterbewegung, die die Aufgabe wurde die Notwendigkeit der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung zu betonen, wird die allgemeine Gewerkschaftsbewegung nicht erreicht.

Lösung der unteren Klassen betont. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 1. Februar tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes (D. T. A. V.) erhebt anlässlich der ungenügenden Umsetzung des schärfsten Protektionen die ungenügende Verteilung der Löhne. Die Verhandlung fordert, daß der D. T. A. V. nach den vielen Resolutionen und Kundgebungen endlich die Arbeiterklasse zum Kampf um die zehn Punkte führt. Die Erraffung der Schutzrechte, die die Gewerkschaften durchsetzen, die Erraffung des Streik- und Koalitionsrechts, die Erhaltung des Achtstundentages, die Anwendung jeder wirtschaftlichen Maßnahmen zur Erreichung der Ziele sind die Aufgaben der D. T. A. V. und der Gewerkschaften.

Diese Resolution ist durch den Zentralvorstand dem D. T. A. V. zur Veröffentlichung anzuverordnen.

Eine längere und zum Teil heftige Debatte folgte. In dem Bericht über die Verhandlungen vom 28. Januar, Abgesehen wurde die Hauptaufgabe der gewerkschaftlichen Arbeit, die nach dem wichtigsten Maßstab im Volkswirtschaftlichen Bereich der Gewerkschaften bestehen sollen. Von Verhandlungen kann bei dem derzeitigen Vorgehen der Unternehmer bald nicht mehr gesprochen werden. Die nach richtigen Gewisungen der Arbeiter unter sich aufzustellen und dann einseitigen Forderungen ist man unter dem Tisch und distanziert, was zu geben kann gutwillig gerufen. Die Angst der Kapitalisten von 1918 ist verfliegen, der jetzt gewisene Arbeiterkampf ist nicht mehr die wirtschaftliche Lage der Arbeiter trotz aller Bemühungen immer mehr verschlechtert. Wohin kann der Kampf, wie er in obiger Resolution zum Ausdruck gekommen ist.

Neues Lohnabkommen im Buchdruckgewerbe.
Nach mehrmaligen Verhandlungen der Lohnkommission und des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker kam nach Ueberwindung außerordentlicher Schwierigkeiten eine neue Lohnvereinbarung zustande, die ab 1. Februar d. J. für alle verheirateten Schichten je nach Lohnzugehörigkeit eine Kaufende wöchentliche Lohnerhöhung von 60 bis 60 Pfennig, für alle ledigen Schichten eine solche von 40 bis 40 Pfennig und für die Frauangehörigen 30 bis 40 Pfennig vorsteht. Das neue Lohnabkommen ist heute das letzte kurzfristige, abgeschlossen, und zwar mit einer Richtigkeitsfrist von einem Monat, jeweils am 1. und 15. eines jeden Monats, das erste Mal am 1. März d. J. anhebend.



Aus den Betrieben.

Ausbeutung der Arbeiter.
Ein Arbeiter schreibt uns:
Eine kaum glaubliche Ausbeutung der Arbeiter erlaubt sich die Rautenfabrik Sauer & Sohn, Döner Str. 48-50. Im November wurde ein Geiger anschlüssweise angeheilt und zwei Tage vor Beurlaubung wieder entlassen. Am letzten Weihnachtsfesttag ließ ihn die Firma wieder holen, ein Zeichen dafür, daß sie mit seinen Leistungen zufrieden war. Er wurde jetzt als Geiger und Badier beschäftigt, mußte 11 Stunden arbeiten, bekam aber nicht 8 Stunden bezahlt. Die sparsame Firma zahlt den fußpflichtigen Stundenlohn von 7,15 Mark.
Auf welcher unerschämten Weise der Betreffende ausgebeutet wurde, ergibt folgender Arbeitsplan: Von Mittwochabend 6 Uhr bis Donnerstag früh 7 Uhr mußte er Nachdienst verrichten, am Donnerstag war er von Sonntag 9 bis nachm. 5 Uhr als Geiger tätig, dann wurde er ganz 3 Stunden der Ruhe pflegen, am Samstag bis Freitag von 7 Uhr abends bis Freitag 7 Uhr morgens „arbeiten“. Ebenso verhielt er in der Nacht vom Freitag bis Sonntag und Sonntag bis Sonntag Nachmittags. Dann wurde der Geiger entlassen.
Man muß schon lächer, ärger kann die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft nicht getrieben werden. Da dabei ein Mensch gesundheitschädigt wird, ist diese menschenunwürdige Arbeit nicht. Die Hauptfrage ist und bleibt der Lohn. Bei dieser Firma scheint man überhaupt den 8 Stundenlohn grundlegend zu betrachten, auch der ständig dort beschäftigte Arbeiter muß täglich 14 Stunden arbeiten. Jeder kommt dem armen Kasse, die durchaus nicht vorzeitig bezahlen, zu wenig an die Dienststellen. Wegen der entsetzlichen Verzögerung und der in

seinem Verhältnis dazu stehenden Entlohnung, lassen sich die Arbeiter leider nur zu oft verleiten, den 8 Stundenlohn zu durchbrechen. Das ist natürlich nicht der richtige Weg, ergibt durch, daß die Gewerkschaften für bessere Entlohnung eintreten, damit der Arbeiter bei einer 8 stündigen Arbeitszeit sein Auskommen hat.

Eine feine Firma.

Die Gesehe sind immer dazu da, daß sie entweder befolgt oder umgangen werden. Für den Arbeiter läuft das letztere immer sehr schlecht ab, für jede Gesehüberletzung nimmt man ihn gewaltig beim Widel. Anders ist das, wenn das ein Unternehmer tut. So ist das auch bei dem Sattlermeister Boer, Freiberg am Ring. Das Gesehe über den Achtstundentag existiert für den Herrn gar nicht. Seine Leute müssen meistens zehn Stunden am Tage hängen und erhalten dabei den wahrhaft schließlichen Stundenlohn von 4,50 M. Obwohl der Herr Sattlermeister die glänzenden Geschäfte verwaltet, Kaufsente verdient, bezahlt er seine Leute hundertmal weniger.

Es wäre Sache der Gewerkschaften, diesem Herrn mal begreiflich zu machen, daß auch er das Gesehe über den Achtstundentag zu respektieren hat.

Den dort Beschäftigten aber empfehlen wir, sich ihrem Berufsverbände, dem Verbande der Lederarbeiter und Porteffueller, anzuschließen. Dann werden sie geschützt vor Abgründiger Ausbeutung.

Colales.

Stadtverordnetenversammlung.
In der Sitzung am Donnerstag wurde zunächst ein Dringlichkeitsantrag, betr. die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, angenommen. Die Vorschläge betragen:
1. für männliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalte eines anderen leben 15 Mark, bisher 13,75 Mark; b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalte eines anderen leben 12,50 Mark, bisher 11,25 Mark; c) unter 21 Jahre, 8,50 Mark, bisher 7,75 Mark.

2. für weibliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalte eines anderen leben 12,50 M., bisher 11,25 M.; b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalte eines anderen leben 8,50 Mark, bisher 7,75 Mark; c) unter 21 Jahren 7 Mark, bisher 6,25 Mark.

3. Zuschläge: a) für den Ehegatten 7 M., bisher 6,25 M.; b) für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 6 Mark, bisher 5,50 Mark.

Daß die Arbeiter auch in der demokratischen Republik anders behandelt werden, als die Bourgeoisie, bewies die Verlage über Gewährung von Nachzahlung an Rudervereine. Dem Stadtrat Lohler wurde vorgeworfen, daß er die bürgerlichen Rudervereine auf Kosten des Arbeiterrudervereines bevorzugte.

Die Höhe der Gaspreiserhöhung für Einnahmen unter 10000 Mark wurde wie folgt festgestellt: a) 1 Mark für alleinstehenden Personen mit einem Jahreseinkommen unter 7500 M., oder bei Familien mit 3 oder mehr Kindern bei einem Jahreseinkommen unter 10000 Mark; b) 0,80 Mark bei allen übrigen Personen mit einem Jahreseinkommen unter 10000 Mark.

Bei einer 4köpfigen Familie sollen höchstens 60 Kubikmeter und mehrlöpfigen Familien höchstens 90 Kubikmeter für das Vierteljahr zu den ermäßigten Preisen abgeben werden.

Eine kleine Debatte über die Neuordnung der Konfessionen kam zur Sprache. Die Stadtverordneten Dr. (S. P. D.) und Noering (Dem.) schickten sofort die zunehmende Ermächtigung in Breslau. Die Reichsmotivverwaltung für Brauereiwirtschaft in Schmalz, die deutsche Republik hat einen Vorrat von 1 1/2 Mill. Tonnen Getreide. Die Reichsregierung leistet als der Ertragspflicht Verzicht.

Auf welche unerschämte Weise heute die breite Masse bebachtet wird, zeigt die Nachfrage über Vermächung von Ringebunden. Ein Scheinmeister will eine Waunde malen und bietet 21000 Mark Jahreslohn, der bisherige Tageslohn betrug 1500 M. Ein anderer Jahreslohn nach dem Wachsen noch besser versprechen und erhielt für 75000 Mark Wunde für 3 Monate im Voraus zu

erlegen. Und der Magistrate? Ge wird dem, der der größte Wohlwetter ist und den höchsten Gehalts zahlt, die Waunde überlassen.

Zum Eisenbahnerstreik.

Der Polizeipräsident schreibt uns:
Die polizeiliche Besetzung der Bahnhofsanlagen ist von den Zentralbehörden angeordnet worden. Dabei war auch vorgeesehen die Besetzung der Werkstätten am Hauptbahnhof.

Dergegen erhoben die Werkstättenarbeiter Vorstellungen, da sie nicht am Streik beteiligt seien. Dieser Resolution wurde teils das Kommando der Schutzpolizei sofort Rechnung getragen und die Besetzung der Werkstätten rückgängig gemacht. Andere Werkstätten sind nicht besetzt worden.

Das gleichfalls einer neutralen Besetzung entsprechende Vorgehen gegen die Streikposten hat dazu geführt, daß die Beamten, die der Besetzung der Polizeistationen, ihren Posten zu verlassen, nicht nachkommen wollten, festgenommen werden mußten. Nach ihrer polizeilichen Vernehmung durch den Polizeipräsidenten konnten beide wieder in Freiheit gesetzt werden. Die Ausübung irgendwelchen Druckes von drücker Seite ist hierbei nicht versucht worden. Das Vorgehen gegen die Streikposten, das an sich ungewöhnlich erscheinen mag, gründet sich darauf, daß die Dienstniederlegung der Beamten nicht als Streik, sondern als eine unfestgesetzliche Handlung angesehen wird, und daß daher die Tätigkeit der Streikposten, die nur darin bestehen kann, zu jener ungesetzlichen Handlung auszureichen, als strafbare Handlung betrachtet werden muß. (Wie sind der Anschauung, daß der Streik der Beamten zu vollem Recht besteht, D. Red.)

Die Polizeistationen besetzen die allgemeine Anweisung, mit ruhiger Entschlossenheit, aber ohne jede Schroffheit und mit der gebotenen Zurückhaltung ihren Dienst zu versehen.
Die in der Presse aufgetauchten Gerüchte, wonach die Schutzpolizei mit schweren Waffen, z. B. Maschinengewehren, ausgerüstet sei, entsprechen nicht den Tatsachen.

Eisbahnen im Scheitern?

Geht man durch die winterliche, stille Pracht unseres alten Scheitners Parkes, links ab von der Tiergartenstraße nach dem Botanischen, vorbei an den erstarren Wasserläufen, so nimmt man freudig wahr, daß sie sich seit Weihnachten in eine kochigpfeilige, spiegelglatte Eisbahn verwandelt haben. Und nur eines vermehrt man, oder trifft man doch nur vereinzelt an: Eine leuchtige, fröhliche Jugendgesellschaft, für die der Platz gerabaugethungen scheint. Woher es wohl kommen mag, daß so wenig Seltsamglaubiger sich dort einfinden? Ob ihnen der Weg zu weit oder ob es gar nicht einmal wissen, daß nicht nur hier, sondern auch auf dem Teich nördlich der Jahrhunderthalle und weiter draußen auf dem Meerdeuler See die schönsten Eisbahnen ihrer Gärten? Es wird wohl so sein und es wird wohl auch nur dieser Hinweis bedürfen, um sie in größeren Scharen hinauszuholen. Denn es gibt kein schöneres Vergnügen zur Winterzeit, als einen Eislauf in freier Natur, mitten hindurch zwischen schneebehangenen Baum und Strauch.

Vorsicht vor einem falschen Münzgasfänger.

Ein Schwindler hat es in zwei bekannt gewordenen Fällen auf der Rathhaus- und auf der Villoriatstraße verstanden, die automatische Münzgasautomaten zu betrogen, indem er den Münzgasautomaten unbrauchbarerweise entleerte. Der Schwindler soll ein großes Buch mit sich geführt haben und in einem Falle mit grüner Uniform, im anderen mit grüner Mütze bekleidet gewesen sein. Der Betrug ist dadurch möglich geworden, daß sich die Münzgasentnehmer nicht die Ausweisarten vorlegen ließen. Es kann den Münzgasentnehmern nur dringend empfohlen werden, sich in jedem Falle die Ausweisarten vorlegen zu lassen, sich von der richtigen Eintragung der Stände auf dem Konto zu überzeugen und eine Quittung über die entnommenen Marken zu verlangen, da sie sich nur so vor Schaden schützen können.

Ein Röhling.

Auf dem Bahnhof Hellhammer wurde dieser Tage, kurz vor Abgang des Zuges nach Gottesberg, dem Arbeiter Paul Reiffke aus Rangwalterdorf unwohl. Der dienstuende stellvertretende Stationsvorsteher und die Gedächtnis trugen ihn in den Wartesaal vierter Klasse und legten ihn dort auf den blauen Fußboden, ohne sich weiter um ihn zu kümmern. Ueber diese unverständliche und eine seltene Gemütsroheit zeigende Handlungsweise gerieten die im Wartesaal anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen in helle Empörung. Sie wandten sich an den stellvertretenden Stationsvorsteher, beschwerten sich über sein Verhalten und frugen, warum die im Wartesaal stehende Eragbahre nicht für derartige Zwecke benutzt wird. Anstatt den Wünschen der Beschwerdeführenden nachzukommen, forderte dieser „Henschenfreund“ in barschem Tone auf, die Kämmlisten zu verlassen. Ist diese Eragbahre nur zum Luxus da? Oder ist ein Arbeiter nicht wert diese Eragbahre zu benutzen. Dem Röhling sollten von jenseits seiner Dienstbehörde mal Har gemacht werden, daß die Helfleistung allen gleichmäßig zugute kommen muß.

Beratend. Redakt.: Otto G. e. t.; Jnsurat: Max B. J. e. t. Verlags-Verantwortung: Otto G. e. t. in Breslau.

Schauspielhaus
Güffel, Geize 40
Lager, auf erhalten
zu verkaufen
Wälzer, Verdränger 32
Täglich 50 Stk. u. mehr
kann man verdienen durch
Verkauf der Güffel-
Wälzer. Jedermann ist
klar, was er davon
zu verdienen hat. In
Breslau, im D. T. A. V.,
Schulbergstr. 21, Tel. 2122.

Waldesberg
Gen. Wenzel, Tischlermeister
Lehrwasser, Kreis Waldesberg.

ANZÜGE
Große Auswahl
Leo
Schneidmeister G.

Soeben erschienen
Almanach
des Verlages der
Kommunistischen Internationale
Mit Beiträgen von: Lenin / Showjew / Trotzki /
Bucharin / Radick / E. Varga / Rosa Luxemburg /
Karl Liebknecht / John Reed / Arthur Ransome /
Upton Sinclair / O. W. Kuusinen / Gusew /
Kataja / Josef Pogany / Arak Wamer / P. Wamer
500 Seiten
Mit 30 Illustrationen
Preis: Broschur M. 45.- / Organisationsausgabe M. 18.-
Der ab 1. Jan. 1924 erscheinende Preisvergleich ist obligatorisch
Zu beziehen durch
Verlag Carl Hoym Nachf.
Louis Casnley, Hamburg
alle Buchhandlungen u. Anzeigungsvermittlungen der K.P.D.

K = P = D
Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirksleitung für Schlessen:
Wider und Ruff: Breslau, Wilschstraße 40/41, Telefon-
Ring 5571. Adresse: Carl Oskar, Breslau 1, Ullrich-
straße 49/50. Postfach Breslau 88564, Albert O. -
Lüder.
Unterbezirk Breslau:
Breslau, Wilschstraße 40/41, Carl Oskar.
Oderbezirk Breslau:
Zielau, Wilschstraße 49/50.
Greifswald: Nr. 6, 7, 8, 9, 10.
Mittelschlesischer Bezirk:
Breslau, Wilschstraße 40/41, Carl Oskar.
Oppelen, Wilschstraße 40/41, Carl Oskar.
Görlitz, Wilschstraße 40/41, Carl Oskar.
Waldenburg, Wilschstraße 40/41, Carl Oskar.
Unterbezirk Waldenburg:
Waldenburg, Wilschstraße 40/41, Carl Oskar.
Zusammenfassung:
Breslau, Wilschstraße 40/41, Carl Oskar.
Oppelen, Wilschstraße 40/41, Carl Oskar.
Görlitz, Wilschstraße 40/41, Carl Oskar.
Waldenburg, Wilschstraße 40/41, Carl Oskar.